

PATENTE AUF LEBEWESEN

Grethen gefährdet Gentech-Konsens



Trotz aller Differenzen gab es in Luxemburg einen parteienübergreifenden Konsens für eine vorsichtige Herangehensweise an die Gentechnik. Minister Grethens Technokraten im Wirtschaftsministerium wollen nun mit der Brechstange der Patentierung von Lebewesen den Weg ebnen.

(roga) - Nachdem Greenpeace wiederholt Versuche gentechnischer Firmen bloßgestellt hat, im Europäischen Patentamt Patente auf Chimmären und ähnliche Monster anzumelden, beginnt die technisch und juristisch überfrachtete Problematik der Patentierbarkeit von Lebewesen die Öffentlichkeit zu mobilisieren.

An allen Fronten tobt der Kampf gegen die drohende Patentierung von Lebewesen

- u.a. auch von menschlichem Erbgut - durch profitsüchtige transnationale Konzerne. Tatort München: von heftigen Protesten seitens der Umweltschützer und Grünen begleitet findet dort die Jahrestagung des Europäischen Patentamtes statt. Martine Holbach ist für Greenpeace Luxemburg vor Ort und kann bezeugen, dass im technokratischen Elfenbeinturm der Wirtschaftsexperten ethische Bedenken außen vor sind. NGO sind zwar vertreten, es handelt sich aber um Strohorganisationen der Pharmaindustrie. Opposition gab es vor der Tür seitens Greenpeace und einer Delegation grüner EU-ParlamentarierInnen. Im Plenum durfte ein Greenpeace-Vertreter gerade mal zehn Minuten reden, dann war es mit Zwischentönen vorbei. "Es ist schockierend, mit welcher Selbstverständlichkeit die hier versammelten Technokraten ethische Bedenken vom Tisch wischen und nach einem 'Alibi-Speech' ungerührt zur Tagesordnung übergehen", so Martina Holbach.

Frankenstein on the move

Dabei hatte Greenpeace bloß gefordert, die Vertreter der Mitgliedsländer sollten die Entscheidung des Vorstands vom Juni letzten Jahres hinterfragen. Damals hatte dieser das seit 27 Jahren gültige europäische Patentabkommen, das Patentierung auf Lebewesen ausschließt, kurzerhand außer Kraft gesetzt und in vorauseilendem Gehorsam die noch nicht von allen EU-Staaten ratifizierte Richtlinie von 1997 appliziert.

Luxemburg hat auf dieser Tagung ein ähnliches Gewicht wie die übrigen Mitgliedstaaten. Das Patentamt ist keine EU-Institution, die Regierungen können also unabhängig von der EU-Kommission eigenständig agieren. Die Luxemburger Delegation beschränkt sich auf ei-

nen einzigen Ministerialbürokraten, der genau wie seine Kollegen keinerlei Reaktion auf die Aufforderung des Greenpeace-Redners erkennen ließ. Damit akzeptiert unsere Regierung also implizit die Entscheidung des Verwaltungsrats vom Juni 1999 und somit die Patentierbarkeit von Lebewesen.

"Grethenstein" strikes back

Tatort Luxemburg: Hier geht es zur Zeit um die Umsetzung der zitierten Richtlinie aus dem Jahr 1997, die laut Greenpeace die Hintertür zur Patentierung von Lebewesen für die Industrie ausreichend aufmacht. Laut "Exposé des motifs" des Wirtschaftsministeriums soll der Text genau das Gegenteil sicherstellen. Bedenken werden aber nicht nur aus Kreisen der Zivilgesellschaft oder der Opposition geäußert. Motiviert von ethisch-christlichen Bedenken hat auch die CSV das Ansinnen unterstützt, das umstrittene Gesetzesprojekt aus dem Wirtschaftsausschuss in die Ethikkommission des Parlaments auszulagern. Diesen Parteienkonsens in der "Conférence des présidents" hatte Minister Grethen allerdings nicht mitbekommen, so dass es im Ausschuss zu einem zusätzlichen Eklat kam. Die Technokraten des Wirtschaftsministeriums drängen auf eine rasche "Evakuierung" des Projekts, derweil Skeptiker ein Moratorium befürworten. Im Eilverfahren wurde die Tagesordnung der Ethikkommission vom nächsten Dienstag über den Haufen geworfen, das Projekt soll nun schleunigst abgesegnet werden.

Es wird in den nächsten Wochen spannend sein zuzusehen, wie der eine DP-Minister sich bemüht, den Genkonsens der Parteien und der Gesellschaft zu zerschlagen, derweil der andere eine emotionsgeladene Kampagne für saubere und genfreie Schokolade organisiert.

kommentar

An einem Strang ziehen

Wenn das Parlament nächste Woche den Gesetzentwurf über die Post und ihre Finanzdienste verabschiedet, dann wird der Text von der Realität bereits überholt sein.

Bei der Novelle geht es um die Übertragung der EU-Postrichtlinie in luxemburgisches Recht und um den Postscheckdienst. Luxemburg beharrt auf ein langsames Tempo bei der Liberalisierung der Briefpost, weil es als kleines Land weitaus verletzlicher ist, als seine großen Nachbarn. Doch die EU-Kommission hat bereits andere Pläne und will die totale Liberalisierung. Im Postscheckdienst verliert das P&T-Unternehmen sein bisheriges Monopol bei staatlichen Geldtransfers, ohne dass es jedoch das Recht bekäme, in Zukunft als regelrechte Postbank in Konkurrenz zu anderen Finanzinstituten zu treten. Unabhängig von Gesetzen sind die großen Konkurrenten im Bereich von Post und Telekom in Luxemburg seit langem aktiv und betreiben Rosinenpickerei. Dass dies nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Dienstleistungen ist, merken die Beschäftigten des P&T-Unternehmens in ihrem Arbeitsalltag. Deshalb macht die Briefträgergewerkschaft FSFL die Öffentlichkeit mit einer Reihe spektakulärer Aktionen auf die Folgen der Liberalisierung aufmerksam. Es geht darum, die gemeinsamen Interessen der Postkundschaft und des Personals hervorstreichend und zu zeigen, dass Privatisierungen, Arbeitsplatzabbau und Outsourcing sich negativ auf die Qualität der Dienstleistungen auswirken und über kurz oder lang zu einer Benachteiligung der Privatkundschaft führen, die im Gegensatz zu den Großkunden von den Privatanbietern nicht hofiert wird. Dass es hier Gemeinsamkeiten gibt, hat der Widerstand gegen die Schließung von Postämtern und deren Privatisierung (Postshops) gezeigt, wo Gemeindeautoritäten und die FSFL am selben Strang ziehen. Hier sind wahre Bürgerinteressen im Spiel. Für die Politik ist die Wahrung des Universaldienstes im P&T-Bereich eine wahre Herausforderung. Die Politiker haben die Wahl: Entweder sie schlagen sich auf die Seite der Lobbyisten der Liberalisierung oder sie verteidigen die Interessen des Großteils ihrer Wählerschaft. Tun sie letzteres nicht, beweisen sie ihre eigene Überflüssigkeit.

Jos Nickts ist Präsident der FSFL

kommentar

'Nimby' oder 'légitime défense'?

Die Bauschuttdeponie in Folkendingen hat nichts mit nationaler Abfallpolitik zu tun. Sie ist ein rein kommerzielles Vorhaben.

Manche KommentatorInnen der rezenten Ereignisse in Folkendingen hatten ihre Schlüsse schnell gezogen und stufte die Mitglieder der Bürgerinitiative ganz einfach in die Kategorie "Nimby's" ein. Bürgerinnen und Bürger also, welche ein Projekt öffentlichen Nutzens überall sehen wollten, nur nicht in ihrem Vorgarten. So einfach ist die Sachlage allerdings nicht.

Erstens handelt es sich bei dieser Bauschuttdeponie um ein rein privates Projekt, wobei die Antragsteller nicht das Allgemeinwohl im Sinn haben, sondern ihren Geldbeutel. Zweitens ist Folkendingen im Vorprojekt zum nationalen Abfallplan nicht vorgesehen, und die jetzige Vorgehensweise ist genau das Gegenteil dessen, was der Umweltminister selbst in seinem Plan festgehalten hat. Anstatt dass der Staat die Deponie selbst betreibt und kontrolliert, wird hier der Bock zum Gärtner gemacht. Drittens haben mehrere Regierungen im Bereich Bauschutt ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Die Recycling-Quote ist lächerlich niedrig, und ein flächendeckendes Konzept existiert erst auf dem Papier. Ist es nicht Notwehr, wenn Betroffene willkürliche, kaum nachvollziehbare Entscheidungen nicht stillschweigend hinnehmen? Ist es nicht das fundamentale Recht von Bürgerinnen und Bürgern nicht das zufällige Opfer werden zu wollen von privaten ökonomischen Interessen, deren Entstehen auf der Untätigkeit des Staates fußt? Zu diesen Rechten gehört unter anderen das kommunale Referendum. Auch wenn es keine bindende Wirkung hat, so müsste es doch eine politische Signalwirkung haben auf all jene, welche unter dem Wort Demokratie mehr verstehen als bloß ein Urnengang alle paar Jahre. Aber es fällt auf, dass genau jene PolitikerInnen, welche den Aktionsradius der Bürgerinnen und Bürger auf deren Vorgarten beschränken wollen, am häufigsten den Vorwurf der Vorgartenmentalität benutzen.

Camille Gira ist grüner Abgeordneter und Bürgermeister von Beckerich.

Merkwürdigen Gesprächspartner

Eine unserer Layouterinnen wurde vor Kurzem in den einzigen fensterlosen Raum der Redaktion verfrachtet. Seltsamerweise hat sie nun ständig mit KollegInnen um ihren Arbeitsplatz zu kämpfen. Gut, in dem Raum steht nun mal der funkelneue Mac. Außerdem bekommt man von hieraus auch viel von den merkwürdigen Kommunikationsgewohnheiten fast aller RedakteurInnen mit. Der düstere Raum ist nämlich nicht weit entfernt vom Redaktions-Fax. Besagte Layouterin musste mit Schrecken feststellen, dass die MitarbeiterInnen weitaus häufiger mit dem Faxgerät kommunizieren als mit ihr. Und diese Art der Kommunikation ist alles andere als erfreulich. Versuchen es viele bei dem Gerät noch mit gutem Zureden, zumindest am Anfang des Gesprächs, geben sich manche nicht einmal mehr die Mühe, auch nur einen halbwegs freundlichen Ton anzuschlagen. Die ausgefeilten Flüche und Schimpf-Tiraden sollen Ihnen an dieser Stelle erspart werden. Fest steht aber, dass fast alle zu glauben scheinen, dass man tatsächlich mit dem Faxgerät sprechen könne. Es reagiert zumindest häufig mit Fehleranzeigen jedweder Art oder funktioniert einfach so nicht. Ob es also etwas von den Schimpf-Tiraden oder dem Gut-Zureden versteht, bleibt ein Geheimnis.

Mogelpackung in Den Haag?

Wer wird der große Gewinner im internationalen Geschäft mit Emissionen? Wird es auf dem 6. Klimagipfel zu verbindlichen Verpflichtungen der Vertragsstaaten kommen? Nächste Woche, wenn die internationale Klimakonferenz in Den Haag zu Ende ist, wissen wir mehr. Im WOXX-Dossier ziehen wir Bilanz.



WOXX - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespaun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: Gréngespaun soc. coop. • Redaktion: Robert Garcia, Léa Graf, Richard Graf, Germain Kerschen, Raymond Klein, Muriel Prieur, Bibline Schulze, Armand Turpel, Renée Wagener, Danièle Weber, Melanie Weyand • Karikaturen: Guy W. Stoos • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy • Bürozeiten: Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 60,- LUF • Abonnements: 52 Nummern kosten 2.400,-

LUF (Ausland zzgl. 900,- LUF); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 1.000 LUF. • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk 'Neu-Abo'; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der 'Solidarité mam Gréngespaun asbl' sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: WOXX, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79